

Zusätzliche Ferien als Sparmassnahme

BILDUNG Im Kanton Zürich beantragen die Mittelschullehrer eine Woche mehr Ferien im Sinne des Sparens. Wäre das auch für den Kanton Zug eine Option?

SAMANTHA TAYLOR
samantha.taylor@zugerzeitung.ch

Eine Woche mehr Ferien, dafür weniger Lohn: So lautet in aller Kürze der Sparvorschlag, den die Gymilehrer im Kanton Zürich der Regierung im Rahmen der Spardebatte machen. Das berichtete die «NZZ am Sonntag» in der Ausgabe vom 17. Januar. Mit einer Woche mehr Ferien in den Gymnasien könnten die Kosten pro Jahr um mehrere Millionen gesenkt werden, argumentiert der Mittelschullehrerpersonenvorstand Zürich.

Nicht nur im Kanton Zürich sind die Mittelschulen derzeit unter Druck. Auch im Kanton Zug wird im Rahmen des regierungsrätlichen Sparpakets bei der Bildung gekürzt. Ist also eine Woche mehr Ferien auch hier ein Thema? «Nein», sagt der Zuger Bildungsdirektor Stephan Schleiss. Und erinnert daran, dass bei den kantonalen Schulen in Zug ein umfassendes Entlastungspaket geschnürt worden ist, das von der Erhöhung der Klassengrössen bis zur Reduk-

tion der Stundentafeln reiche. «Lohnreduktion durch Erhöhung der Ferienwochen ist im Entlastungspaket kein Thema», so Schleiss. Es hätten deshalb auch keine Gespräche diesbezüglich zwischen der Lehrerschaft und der Regierung stattgefunden.

Solche Massnahmen müssten, da die kantonalen Lehrpersonen gemäss kantonalem Personalgesetz entschädigt werden, für die gesamte Verwaltung geprüft werden. Davon habe der Regierungsrat im Rahmen des laufenden Entlastungs-

konsequent und überdurchschnittlich gut auf ein erfolgreiches Studium vorzubereiten. «Angesichts dieser Zielsetzung bin ich gegenüber einer Erhöhung der Ferienwochen skeptisch.»

«Schüler haben genug Ferien»

Die Idee aus Zürich wird auch von den Zuger Mittelschullehrern kritisch bewertet. «Die Massnahme wird in der Lehrerschaft diskutiert. Die Meinungen dazu sind aus diversen Gründen kontrovers», sagt Urs Leisinger, Co-Präsi-

dent des Lehrerkonvents der Kantonsschule Zug. Leisinger selbst ist der Meinung: «Unsere Schüler haben genug Ferien.» Eine zusätzliche unbezahlte Ferienwoche stelle ausserdem einen klaren Bildungsabbau dar. Für den Co-Präsidenten müsste deshalb ganz grundsätzlich erst geklärt werden, wie gerechtfertigt eine solche Sparmassnahme ist. Denn: «Mit Zwangsferien würde ein weiteres Mal einseitig beim Unterricht gespart und nicht bei der Schulverwaltung.»

Gleichzeitig räumt Leisinger auch Vorteile einer solchen Massnahme ein. «Eine Woche «Zwangsferien» hätte gegenüber anderen Lohnabbauvarianten den Vorteil hätte, dass der geringere Lohn bei Lehrpersonen mit mehr Freizeit kompensiert werden könnte.» Zudem könne die Massnahme schnell wieder rückgängig gemacht werden. Aus Sicht der Lehrer braucht das Thema allerdings eine vertiefte Prüfung und Diskussion. «Wir können nicht pauschal beantworten, ob das ein «gangbarer Weg» wäre.»

«Die Meinungen der Lehrerschaft sind kontrovers.»

URS LEISINGER, CO-PRÄSIDENT
LEHRERKONVENT

programms allerdings abgesehen. Schleiss verweist ausserdem darauf, dass mit der Stundentafel-Reduktion im Untergymnasium bereits eine Massnahme beschlossen wurde, die zu einem Rückgang der Unterrichtszeit für die Schüler führt. «Eine weitere Reduktion müsste sehr sorgfältig geprüft werden, denn selbstverständlich bemisst sich die Ausbildungsqualität auch an der zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit.» Und der Bildungsdirektor wird noch deutlicher: Der Kanton verfolge klar das Ziel, seine Schülerinnen und Schüler

Regierung will keine Kontingentierung

MOTION st. Welche finanziellen Auswirkungen hätte die Abschaffung des Langzeitgymnasiums (LZG) oder die Kontingentierung des Zugangs mittels eines fixen Prozentsatzes? Das wollte der ehemalige Baarer CVP-Kantonsrat Silvan Hotz in einer Motion von der Regierung wissen. Seine Forderung: Der schulische Weg über die Sekundarschule soll gestärkt werden.

Der Regierungsrat hat nun eine Antwort vorgelegt. Darin hält er fest, dass er weder die Abschaffung des LZG noch eine Kontingentierung des Zuganges als sinnvoll erachte. Die Abschaffung sei bereits verschiedentlich diskutiert worden. Diese wäre aber, «für die Zuger Bildungslandschaft und Bevölkerung ein

herber Verlust». Bei einer Abschaffung des LZG - in diesem Falle würde auf das Untergymnasium, also die 1. und 2. Klasse, verzichtet - geht der Regierungsrat in einer Modellrechnung von Einsparungen von rund 4,25 Millionen Franken aus. Zu einer Aufwandreduktion von rund 2,6 Millionen Franken würde eine Kontingentierung führen. Die Regierung rechnet mit einer fixierten Zuweisungsquote ins Untergymnasium von 14 Prozent. Bei dieser Quote würde die Grösse des Untergymnasiums rund 350 Schüler betragen (aktuell 500 Schüler). In beiden Fällen entstünden mehr Kosten für die Gemeinden.

Die Regierung weist in ihrem Bericht jedoch darauf hin, dass sehr wohl

Massnahmen beschlossen worden seien, um das Langzeitgymnasium zu entlasten und den Weg über die Sekundarschule zu stärken. So setze man im Rahmen des Sparprogramms auf eine stärkere Steuerung bei den Übertrittsverfahren. Dazu zählt, dass Schüler, die ins LZG eintreten wollen, einen Notenschnitt von 5,2 haben müssen. Den Lehrern werden Standardaufgaben zur Überprüfung der Lernziele zur Verfügung gestellt, und das LZG kann bestimmte Vornoten der zugewiesenen Schüler einholen. Die Regierung betont: «Diese beiden Massnahmen führen zu einer Weiterentwicklung der beiden Übertrittsverfahren in Richtung einer stärkeren Selektion.»